



Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Editorial

Mehr als Bonus zugestehen

In der zweiten Jahreshälfte sollen Deutschlands Pflegekräfte wieder einen Bonus des Staates erhalten. Dieser soll steuerfrei gestellt werden und durch die Länder und Arbeitgeber aufgestockt werden können. Nach wie vor ist für den Deutschen Pflegerat eine Bonuszahlung allein der falsche Weg. Das haben wir bereits mehrfach gesagt.

Die Profession Pflege leistet in allen Versorgungsbereichen vor und während der Pandemie herausragende Arbeit. Den Einrichtungen jetzt zu überlassen, besonders „verdiente“ Pflegende mit Boni auszuzeichnen, ist die Verlagerung der politischen Verantwortung in die Einrichtungen. Gleichzeitig spaltet es die Berufsgruppe. Das ist nicht gut.

Die Profession ist ein souveräner Berufsstand und will als solcher auch wahrgenommen und behandelt werden. Benötigt wird endlich ein Signal, dass der Gesetzgeber aktiv wird und mit dafür sorgt, dass gute Arbeits- und Lohnsituationen für Pflegende gelten.

Unsere Forderungen sind seit langem auf dem Tisch. Gerechtere wäre eine sofortige und dauerhafte Lohnsteuerfreistellung aller Pflegefachpersonen, die in der Betreuung der Pflegebedürftigen und Patient*innen arbeiten, bei Weiterführung der Sozialbeiträge. Benötigt wird bundesweit ein gleiches und gerechtes Lohnniveau der Profession, auch zwischen der Langzeitpflege und den Krankenhäusern. Wir fordern wiederholt ein Einstiegsgehalt für Pflegefachpersonen von 4.000 Euro pro Monat bei einer vollen Stelle, u.a. begründet durch die Erkenntnisse des „ComparableWorth“-Indexes.

Und es sind „Krisensituationen“ für Pflegende in Arbeitsverträgen zu verankern. Bei pandemischen oder vergleichbaren Situationen müssen Zuschläge automatisch gezahlt werden – ohne dass Pflegende hier dem Wohlwollen von politischen Entscheidungsträgern, den Kassen oder Arbeitgebern ausgesetzt werden.

Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOKUS

Entlastungstarifverträge plus PPR 2.0

Die Gewerkschaft ver.di schließt seit Jahren Entlastungstarifverträge im Krankenhausbereich – z.B. in Berlin mit der Charité und Vivantes. Dabei geht es u.a. um Vorgaben für die Mindestbesetzung an Personal in der Pflege und einen Belastungsausgleich. Aus Sicht des Deutschen Pflegerats (DPR) verfolgen die Entlastungstarifverträge etwas, was wir schon lange für die Profession Pflege fordern – bessere Arbeitsbedingungen durch mehr Personal und damit die Anerkennung dessen, was Pflegefachpersonen leisten.

Dabei gilt es eine weitere Perspektive zu beachten. Über diese Art von Tarifverträgen werden Mindestbesetzungen geregelt – abseits der pflegerischen Versorgungsqualität. Beachtet werden muss jedoch auch die Personalbemessung aus der Sicht der Pflegebedarfe der Bedürftigen. Denn die Gefahr, dass Mindestbesetzungen zu Normalbesetzungen werden, schwingt immer mit.

Der DPR fordert zusammen mit der DKG und ver.di daher weiter ein Pflegebedarfsbemessungsinstrument. Gemeinsam sind wir dabei, die auch im Koalitionsvertrag der Ampel benannte Pflegepersonalregelung PPR 2.0 umzusetzen. Damit kommt ein Instrument zum Einsatz, welches die Pflegebedarfe der Patienten im Einklang zur richtigen Anzahl an Pflegefachpersonen bringt. Das wird zur Sicherung der Versorgungsqualität führen, sofern es uns gelingt, den bestehenden Fachkräftemangel zu schließen. Wir sehen den Einsatz der PPR 2.0 auch als Chance, durch die verbindliche Erhöhung der Pflegepersonen Fachkräfte zurückzugewinnen.

Irene Maier
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

Personalsituation in der Altenpflege

Sieben von zehn Stellen können in NRW nicht besetzt werden

In kaum einer Branche sind Mitarbeiter so rar wie in der Altenpflege: Bundesweit gibt es 18.200 offene Stellen für Pflegekräfte. Das zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). In Nordrhein-Westfalen (NRW) sind es 3.350.

In vielen Berufen schrumpft während der Pandemie der Bedarf, es gibt deutlich weniger offene Stellen. In der Altenpflege sieht es anders aus, zeigt eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln e.V. (IW), gefördert durch das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium. Selbst in der Pandemie gibt es nur einen leichten Rückgang der offenen Stellen. Langfristig zeigt sich eine stark gestiegene Nachfrage: Seit 2013 sind rund 32% mehr Menschen in der Altenpflege beschäftigt. Gleichzeitig gibt es auch deutlich mehr offene Stellen.

Vor allem examinierte Altenpflegekräfte, die über eine abgeschlossene Be-

rufsausbildung verfügen, werden händeringend gesucht: NRW-weit kamen 2021 im Schnitt 4.464 offene Stellen für examinierte Altenpfleger auf nur 1.176 arbeitslose Pfleger. Rund 3.300 offene Stellen konnten hier 2021 nicht besetzt werden. Der demografische Wandel verschärft das Problem: Die Bevölkerung altert, es gibt immer mehr pflegebedürftige Menschen.

Stellenüberhangsquote lag 2021 bei rund 74%

Die sogenannte Stellenüberhangsquote lag 2021 bei rund 74%. Das bedeutet: Selbst wenn jeder arbeitslose Pfleger aus NRW einer offenen Stelle zugeordnet

würde und bereit wäre, dort auch zu arbeiten, blieben noch mehr als sieben von zehn Stellen unbesetzt. Regional gibt es kaum Unterschiede. Der Mangel lässt sich in fast allen NRW-Bezirken beobachten. Nur in Köln könnten alle offenen Stellen – zumindest rechnerisch – besetzt werden.

Unterschiede je nach erforderter Qualifikation

Starke Unterschiede zeigen sich je nach Qualifikationsniveau. Bei Helferinnen und Helfern zeigt sich ein gegensätzliches Phänomen. Hier gibt es offene Stellen – 2.372 im Jahr 2021. Diesen Stellen stehen aber deutlich mehr Arbeitslose gegenüber, im vergangenen Jahr waren es fast 9.000. Das zeigt, dass der Arbeitsmarkt bei Helferinnen und Helfern noch Potenzial bietet. Um dieses zu nutzen, müssen die Arbeitsbedingungen jedoch dringend verbessert und die Weiterbildung ausgebaut werden. Auch eine angemessene Bezahlung ist wichtig, damit sich künftig wieder mehr Menschen für eine Karriere in der Pflege entscheiden. Zudem könnten technische Innovationen Pflegekräfte bei einigen Tätigkeiten entlasten, betont das IW.

Bundeseinheitliche Assistenz Ausbildung als Chance

„Die Studie des IW zu den offenen Stellen in der Altenpflege zeigt, dass je höher die Qualifikation, umso größer die Lücke beim Fachpersonal ist. Das ist kein Problem nur der Pflege, sondern aller Bereiche unserer Gesellschaft und ist überall in der Wirtschaft kontinuierlich anzutreffen“, weist Thomas Meißner, Vorstandsmitglied des Anbieterverbandes qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG), hin. „Darüber hinaus braucht die Pflege jedoch noch weit mehr Mitarbeiter*innen.



Vor allem examinierte Altenpflegekräfte werden dringend gesucht.

Die Profession Pflege ist bereits heute enorm belastet.“

Durch das neue Pflegeberufegesetz sei es gelungen, drei Fachausbildungen zusammenzuführen und den Auszubildenden auf breiter Basis – ähnlich wie bei den Ärzten – die Möglichkeit zu geben, sich im Anschluss in bestimmten Sparten zu qualifizieren. Was im Augenblick noch fehle, sei eine bundeseinheitliche Assistenzausbildung, die die Durchgängigkeit der Qualifikation und der Ausbildung bis hin zum Studium und zur

Promotion ermöglicht. In einigen Ländern gebe es hier bereits Landesregelungen für eine solche Assistenzausbildung, die zwischen ein und zwei Jahren angelegt ist. „Der Assistenzberuf“, betont Meißner, „ist eine gute Chance, Menschen für den Beruf zu begeistern und sie zu qualifizieren, so dass sie möglicherweise danach noch eine Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann bzw. ein Hochschulstudium absolvieren“. Weitere Möglichkeiten sieht Meißner neben einer Verbesserung der

Arbeitsbedingungen in einer Anpassung der Lohnhöhen, aber auch im finanziellen Ausgleich der ungünstigen Arbeitszeiten. Steuererleichterungen des Gesetzgebers, also Freibeträge, hohe Anreiz- und Zuschlagssysteme für die Profession Pflege sowie Erleichterung bei Wohnraum- und Kita-Suche durch die Arbeitgeber könnten enorm helfen, um Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten.

iwkoeln.de, avg.berlin.de

DPR reagiert auf mangelnde Einbindung auf Bundesebene

Expert*innenrat einberufen

Während der Corona-Pandemie wurde die pflegewissenschaftliche Expertise in den Beiräten und Expertenräten auf der Bundesebene kaum eingebunden. Nun hat der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) die Initiative ergriffen und einen Expert*innenrat Pflegewissenschaft/Hebammenwissenschaft und Pandemie einberufen.

Trotz eines verstärkten Drängens von Wissenschaftsverbänden sowie des DPR und dem ihm angehörenden Verbänden wird die Profession Pflege politisch kaum beteiligt. Der Deutsche Pflegerat hat nun ein Statement gesetzt und aufgezeigt, dass Deutschland Pflegewissenschaft kann und braucht. Einberufen wurde ein „Expert*innenrat Pflegewissenschaft / Hebammenwissenschaft und Pandemie“. Ziel ist es, eine bessere gesundheitliche Versorgung zu sichern, Qualität einzufordern und eine Allianz

in der Bevölkerung für die pflegerische Versorgung zu bilden. Genutzt, gebündelt und sichtbar gemacht werden soll das Wissen, welches bereits im Rahmen der Pandemie in der Pflege und im Hebammenwesen geschaffen wurde. Zudem ist es wichtig, Forschungsschwerpunkte zu identifizieren und Schritte einzufordern, die es ermöglichen, Forschungslücken baldmöglichst zu schließen. Dies ist insbesondere wichtig, um pflegebedürftige, kranke und vulnerable Personen auch weiterhin schützen zu können.

Die Arbeitsergebnisse des Expert*innenrats werden als Stellungnahmen Handlungs- und Policy-Empfehlungen aus der Profession Pflege und der Pflegewissenschaft heraus enthalten – wie auch Hintergrundinformationen.

Der Expert*innenrat ist das erste Mal am 10. März 2022 virtuell zusammengekommen. Bis zum Mai 2022 soll eine erste Stellungnahme zum Umgang mit der Corona-Pandemie und der fortbestehenden pandemischen Situationen veröffentlicht werden.

Die Pflege in Deutschland muss greifbar werden. Sie muss sich in ihrer Profession und Wissenschaft deutlich Gehör verschaffen – denn Deutschland kann es sich nicht mehr leisten, dass die pflegerische Expertise ignoriert wird bzw. andere Wissenschaftsdisziplinen für die Pflege sprechen.

deutscher-pflegerat.de

NEWS

Runder Tisch

Der Deutsche Pflegerat e.V. hat für alle seine Mitgliedsverbände einen Runden Tisch eingerichtet. Aufgabe dessen ist es, bestehende Initiativen und Vorarbeiten zum Community Health Nursing zu bündeln und dieses Projekt gemeinsam erfolgreich aufzubauen. Entwickelt werden soll ein Forderungspapier an die Politik, welches die politische Intention aus dem

Koalitionsvertrag der Ampel unterstützt, das Berufsbild der „Community Health Nurse“ flächendeckend einzuführen.

[deutscher-pflegerat.de](https://www.deutscher-pflegerat.de)

Deutscher Pfl egetag

Der Deutsche Pfl egetag 2022 findet am 6. und 7. Oktober 2022 statt. Bitte merken

Sie sich den Termin vor. Zum zweiten Mal wird die Veranstaltung hybrid organisiert, das heißt, der Kongress für die Profession Pflege in Deutschland wird neben der Präsenzveranstaltung im CityCube Berlin auch vollständig im Livestream übertragen. Mehr Informationen dazu auf der Homepage.

[deutscher-pfl egetag.de](https://www.deutscher-pfl egetag.de)

NEWS

DIP-Projekt: Das Bild der Pflege neu beleuchten

„Das Bild der Pflege neu beleuchten“ – das möchte das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung (DIP) mit dem Projekt KOWEP (Kompetenzkommunikation und Wertschätzung in der Pflege). Das Projekt wird vom Bundesministerium für Gesundheit gefördert und zusammen mit wissenschaftlichen Partnern durchgeführt.

Mit der Hilfe einer Online-Befragung sollen Erkenntnisse über die öffentliche Wahrnehmung der Pflege und die Darstellung innerhalb der Pflege auf einer breiten empirischen Basis erfasst werden. Gefragt wird unter anderem nach der Einschätzung zu typischen Aussagen über die Pflege, zu Auswirkungen der medialen Berichterstattung über den Beruf im Rahmen der Corona-Pandemie sowie zu Lösungsansätzen, durch welche Personengruppen und mit welchen Ansätzen Pflege und Pflegenden in der Öffentlichkeit besser vertreten werden könnten.

Pflegende, Lehrende in der Pflege sowie wissenschaftlich qualifizierte Personen in der Pflege werden gebeten, bis zum 23. April 2022 an der Befragung teilzunehmen und diese im Berufsfeld zu verbreiten.

dip.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Adäquate Personalbedarfsermittlung**Expertenkommission wird neu aufgestellt**

Prof. Dr. Patrick Jahn übergibt den Staffelstab der „Expertenkommission DRG“ des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR) an Sandra Mehmecke, die die neue „Fachkommission Pflegepersonalbemessungsinstrument (PBMI)“ gemeinsam mit Irene Maier, Vize-Präsidentin des DPR, leitet.

Nach mehr als zehn Jahren wertvoller Arbeit – zunächst im Lenkungsausschuss und später als wissenschaftliche Leitung der „Fachkommission DRG“ des DPR – gibt Prof. Dr. Patrick Jahn die wissenschaftliche Leitung der „Fachkommission DRG“ des Deutschen Pflegerats ab. „Die Pflegepersonalregelung 2.0. (PPR 2.0) wird laut dem Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf Bundesebene kurzfristig als verbindliche Personalbemessung im Krankenhaus eingeführt. Das ist insbesondere auch ein Verdienst von Prof. Dr. Patrick Jahn und der gesamten Fachkommission“, betont Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats.

Der DPR dankt besonders den beiden bisherigen Leitungen der Fachkommission, Prof. Jahn und Andrea Lemke als ehemaliges Präsidiumsmitglied des DPR für die hoch engagierte und erfolgreiche Arbeit – sowie allen Mitgliedern für die langjährige und kompetente Zusammenarbeit.

Prof. Jahn hat inzwischen die Professur für Versorgungsforschung mit Schwerpunkt Pflege im Krankenhaus an der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angenommen. „Mit der Fachkommission DRG des DPR konnten wir die Bedeutung der pflegerischen Versorgung im Krankenhaus herausstellen und deren adäquate Sicherstellung zu einem zentralen Thema machen“, betont Jahn. Nun sei es an der Zeit, die Fachkommission neu und auf lange Sicht auszurich-

ten. Für die Einführung der PPR 2.0 steht Jahn der Fachkommission des Deutschen Pflegerats als Mitentwickler und Experte weiterhin zur Seite.

Personalbedarfsermittlung hat Priorität

Seine Nachfolge und neue wissenschaftliche Leitung ist Sandra Mehmecke, die u.a. an der Hochschule Hannover lehrt. Ihre Schwerpunkte liegen in der Gesundheitssystemforschung. Einer ihrer Kernpunkte ist dabei die Pflegepersonal-ausstattung im Krankenhaus. Das ist auch zentrales Thema ihrer Tätigkeit beim Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK) Nordwest. „Mittlerweile dürfte unbestritten sein, dass es signifikante Zusammenhänge zwischen Anzahl und Qualifikation der Pflegefachpersonen und gesundheitsgefährdenden Komplikationen bei Patientinnen und Patienten sowie dem Verbleib der Pflegefachpersonen in ihrem Beruf gibt“, so Mehmecke. Eine adäquate Personalbedarfsermittlung habe oberste Priorität. „Die Neuausrichtung der bisherigen Expertenkommission bedeutet eine langfristige Fokussierung auf die Pflegepersonalbemessung im Krankenhaus und die hierfür notwendigen Instrumente“, weist Irene Maier, Vize-Präsidentin des DPR, hin. Die Leitung der neuen Fachkommission übernehmen Irene Maier für das Präsidium des DPR und Sandra Mehmecke als wissenschaftliche Leitung gemeinsam.

deutscher-pflegerat.de